

# Laubholz: Für Investitionen fehlen verlässliche Rahmenbedingungen

Sind jährlich 2,3 Mrd. Euro entgangener Wertschöpfung und einen Verlust von 40 000 Vollzeit Arbeitsplätzen wirklich »verkräftbar«?

Von Michael Funk\*, Berlin

**In den letzten Tagen hat es zwei Veranstaltungen gegeben, die sich direkt oder indirekt mit der Zukunft der Laubholz-Verarbeitung in Deutschland beschäftigen haben: Zum einen die Tagung „Stoffliche Nutzung von Laubholz“ in Würzburg und zum anderen der Deutsche Naturschutztag in Erfurt. In der Zusammenschau von Aussagen von beiden Tagungen ergeben sich Forderungen und Fragen.**

Ein „nur zu 50 % genutzter Zuwachs im Laubholz“ und „fehlende Kapazitäten in der stofflichen Verwendung von Laubholz“ eröffnen „ein neues Feld für Perspektiven zur Wertschöpfung im ländlichen Raum“, so Peter Bleser, Parlamentarischer Staatssekretär des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV). Deshalb organisierte das BMELV zu Monatsbeginn zusammen mit dem Von-Thünen-Institut eine Fachtagung „Stoffliche Nutzung von Laubholz“ in Würzburg (1).

Die Nachricht hör ich wohl, allein

\* Michael Funk führt ein Beratungsunternehmen (<http://michael-funk.com/>)

mir fehlt der Glaube, ob die dargestellten Potenziale zur Steigerung der stofflichen Verwertung von Laubholz existieren. Erst die Ergebnisse der BWI3 in 2014 werden es zeigen.

Ungeachtet dessen ist es derzeit nicht absehbar, ob diese Potenziale tatsächlich auch dem Holzmarkt zur Verfügung gestellt werden. Dies ist eher unwahrscheinlich, solange die gesellschaftspolitische Diskussion und die politische Entscheidungsfindung zur Ausweisung großflächiger Schutzgebiete im Wald nicht abgeschlossen sind.

Die Bundesregierung hat mit der Ausweisung des „Nationalen Naturerbe“ (2) u. a. großflächig Buchenbestände aus der Nutzung genommen. Sie hat damit ein Beispiel dafür gegeben, zu welchem Ergebnis die politische Abwägung der widerstreitenden Ziele Holznutzung und Biodiversität führen kann.

Es besteht das latente Risiko, dass einzelne Bundesländer diesem Beispiel folgen. Dann könnten weitere große Flächen alter Buchenbestände der öffentlichen Hand schnell aus der Nutzung und damit vom Markt genommen werden. Die anhaltende Diskussion zur weiteren Ausweisung von Nationalparks in den Bundesländern Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen

und Rheinland-Pfalz untermauert dies. Aus der Perspektive eines Investors und der Banken ist das ein reales und existentielles Risiko, das jede größere Neuinvestition verhindert.

Wie aktuell dieses Thema ist, verdeutlicht der Inhalt der Abschlusserklärung zum 31. Deutschen Naturschutztag (DNT) der vom 17. bis 21. September in Erfurt stattfand. Schwerpunktthemen der Veranstaltung waren u. a. die beiden Bereiche „Wald“ und „Naturschutz und erneuerbare Energien“. In der von 700 Teilnehmern verabschiedete Abschlusserklärung, die sogenannten „Erfurter Positionen“, fordern die Teilnehmer des DNT, dass auf 5 % der Waldfläche Deutschlands eine natürliche Waldentwicklung stattfinden solle. Die Teilnehmer des DNT halten „aufgrund des relativ geringen Flächenbedarfs die dadurch verursachte Verminderung des Holzangebotes für verkräftbar“ (vgl. auch die Meldung oben auf der Seite).

Dazu möchte ich anmerken:

1. In den „Erfurter Positionen“ wird erstaunlicherweise nur für 5 % der Waldfläche in Deutschland die Forderung nach einer „natürlichen Entwicklung“ aufgestellt. Dies weicht damit deutlich von den bisherigen Forderungen der Umweltverbände nach 10 %

Flächenstilllegung ab. Ob damit die Forderung nach einer Stilllegung von 10 % der Waldfläche vom Tisch ist bleibt (bis nach der Bundestagswahl?) abzuwarten.

2. Die durch die Flächenstilllegung verursachte Reduktion des Holzaufkommens wird als „verkräftbar“ eingeschätzt. Eine 5%-ige Flächenstilllegung, die sich im Wesentlichen auf die Wälder der öffentlichen Hand konzentriert hätte nach Dieter (4) eine Unterschätzung aller Buchenbestände ab Alter 60 Jahre mit insgesamt 460 000 ha zur Konsequenz. Er kalkuliert den entgangenen Wert der Rohholzproduktion auf diesen Flächen mit 200 Mio. Euro/Jahr, die entgangene volkswirtschaftliche Wertschöpfung auf jährlich 2,3 Mrd. Euro und einen Verlust von etwa 40 000 Vollzeit Arbeitsplätzen mit Schwerpunkt im ländlichen Raum! Unerklärlich bleibt, warum die Teilnehmer am DNT dies als „verkräftbar“ einschätzen bzw. bezeichnen.

3. Die Flächenstilllegung soll im Wesentlichen im Wald der öffentlichen Hand erfolgen. Die Ausweisung von Nationalparks oder Naturschutzgebieten ist aber an gesetzliche Voraussetzung gebunden. Liegen diese vor, wird ausgewiesen, unabhängig von den Ei-

gentumsverhältnissen.

Fazit: Bundes- und Landesregierungen sollten baldigst für ihre Waldflächen Entscheidungen zum Umfang der Flächenstilllegung für die nächsten 20 Jahre treffen. Damit würden sie ein sicheres Umfeld für Investitionen der Holzindustrie nicht nur im Laubholz schaffen.

Die Verbände der Forst- und Holzwirtschaft sollten auf solche Entscheidungen unabhängig von ihrem Ausgang drängen.

Fallen diese Entscheidung nicht, wird die Holzindustrie nicht in neue Projekte bankenfinanziert investieren können. Dies geht dann auch zu Lasten der Wertschöpfung in der Forstwirtschaft.

## Quellen:

- (1) Holz-Zentralblatt Nr. 38, vom 21. September, S. 937, und [www.fnr.de/laubholzkongress/](http://www.fnr.de/laubholzkongress/)
- (2) Nationales Naturerbe: [http://de.wikipedia.org/wiki/Nationales\\_Naturerbe](http://de.wikipedia.org/wiki/Nationales_Naturerbe)
- (3) Erfurter Erklärung, Seite 9 ([http://www.deutscher-naturschutztag.de/fileadmin/DNT/documents/DNT\\_2012/PDF/20120921\\_Abschlusserklaerung\\_Konsolidiert.pdf](http://www.deutscher-naturschutztag.de/fileadmin/DNT/documents/DNT_2012/PDF/20120921_Abschlusserklaerung_Konsolidiert.pdf))
- (4) Dieter, Matthias; Volkswirtschaftliche Bedeutung von holzbasierter Wertschöpfung in Deutschland; Landbauforschung – vTI Agriculture and Forestry Research Sonderheft 327, 2009, S. 37–46